

An

Bundesminister für Soziales,

Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Johannes Rauch

Stubenring 1, 1010 Wien

Bundesminister für Finanzen

Magnus Brunner

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Klubobfrau Die Grünen

Sigrid Maurer

Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Klubobmann Österreichische Volkspartei

August Wöginger

Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Wien, 22. November 2023

Betreff: Offener Brief zum Thema Finanzausgleich und Pflegezuschuss

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rauch,

sehr geehrter Herr Bundesminister Brunner,

sehr geehrte Frau Klubobfrau Maurer,

im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zum Kollektivvertrag Sozialwirtschaft hat die bisherige Form des Pflegezuschusses große Probleme aufgezeigt: Wir brauchen hier dringend eine Nachjustierung bei der Finanzierung des Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetzes (EEZG), denn derzeit erhalten viele Beschäftigte diesen so genannten Pflegebonus nicht, obwohl ihre Tätigkeit dies rechtfertigen würde.

Dies gilt insbesondere für den Bereich der Behindertenbetreuung, denn hier bekommen fast die Hälfte der Beschäftigten keinen Pflegezuschuss, obwohl sie im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz eine Sonderregelung zur Ausbildung im sogenannten Basismodul Pflege haben und dadurch Pfl egetätigkeiten ausführen dürfen. Wir fordern Sie auf, dies bei der Nachfolgeregelung zum EEZG im Rahmen des Finanzausgleichs finanziell zu regeln, denn auch wir, die Sozialpartner, wollen diese Ungleichbehandlung im Kollektivvertrag im Rahmen der laufenden Sozialpartnerverhandlungen reparieren. Die Mehrkosten hierfür würden sich auf etwa 25 Millionen Euro belaufen: Im Vergleich zum Gesamtbetrag ist das eine relativ geringe Summe, mit der allerdings eine große Ungerechtigkeit beseitigt werden könnte.

Wir dürfen Sie daran erinnern, dass im Mai 2022 bei der Verkündung der Reform eine nachhaltige Verbesserung des Gehaltsniveaus („zusätzliches Gehalt“) versprochen wurde. Mittlerweile ist aber nicht einmal die Valorisierung für 2024 und die Finanzierung für die nächsten Jahre gesichert.

Der Finanzausgleich wird in seiner derzeitigen Form den Pflege- und Behindertenbereich auch nicht nachhaltig finanzieren können. Die derzeit vorgesehenen jährlichen Steigerungen von 4,5 Prozent (inkl. Inflationsabgeltung) werden nicht einmal ausreichen, um den wachsenden Bedarf an Pflege aufgrund der Demografie abzudecken.

Durch den Finanzausgleich gibt es jetzt eine gute Gelegenheit, um endlich für Gerechtigkeit für die Beschäftigten zu sorgen. Die Bundesregierung und die Politik insgesamt konnten sich gerade in den letzten sehr schwierigen Jahren immer auf die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich verlassen, jetzt erwarten diese mit Recht, dass dies auch umgekehrt gelten sollte.

Nur durch eine Attraktivierung der Arbeitsbedingungen in der Branche kann der Personalmangel gelindert und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit den benötigten Betreuungs- und Pflegeleistungen gesichert werden!



Mit freundlichen Grüßen

Michaela Guglberger

KV-Verhandlungsleiterin

Gewerkschaft vida

Eva Scherz

KV-Verhandlungsleiterin

Gewerkschaft GPA

Erich Fenninger

Vorsitzender

Sozialwirtschaft Österreich

Walter Marschitz

KV-Verhandlungsführer

Sozialwirtschaft Österreich